

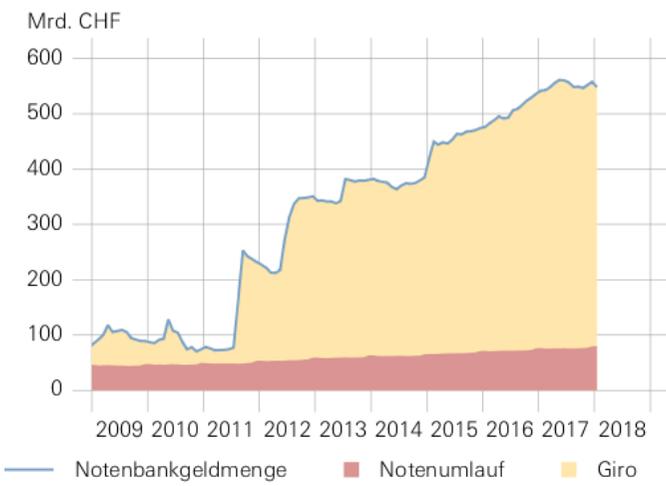


Gegenargumentarium zur Entkräftung der Argumente des Initiativkomitees «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)»

Stand: März 2018

Argumente des Initiativkomitees	Beurteilung Bundesrat
1. Sicheres Geld auf den Bankkonten	
Im heutigen System ist das Geld auf unseren Bankkonten weniger sicher als Bargeld.	Während man Bargeld (Münzen und Banknoten) physisch besitzt, existiert das Geld auf dem Bank- oder Postkonto nur in elektronischer Form als sogenanntes Buchgeld. Im Alltag ist dieser Unterschied praktisch ohne Belang, weil das elektronische Kontogeld ebenso wie Bargeld als Zahlungsmittel verwendet wird. Nur falls eine Bank in eine schwere Krise geraten würde, wären die Kontoguthaben der Kunden potenziell weniger sicher als Bargeld – z.B., wenn die Bank nicht mehr in der Lage wäre, die Kontoguthaben den Kunden als Bargeld auszubezahlen. Allerdings hat die Politik Vorkehrungen getroffen, um auch im Krisenfall eine weitgehende Sicherheit der Kundenguthaben zu gewährleisten, insbesondere durch den ausgebauten Einlagenschutz.
Im heutigen System wären bei einem Bank Run die Kontoguthaben der Kunden verloren.	Im Falle eines Bank Runs – d.h. wenn viele Kunden gleichzeitig ihr Geld abheben wollen – hätte die betreffende Bank nicht genügend liquide Mittel, um alle Guthaben auszuzahlen. Es gibt jedoch gesetzliche Vorkehrungen, um auch in einem solchen, sehr unwahrscheinlichen Fall die Guthaben der Kunden zu schützen. So wurde in der Schweiz der Einlagenschutz seit der Finanzkrise weiter verstärkt. Gesetzlich sind 100'000 CHF pro Kunde und Bank geschützt. Darüber hinaus kann auch die SNB Bank Runs entgegenwirken, indem sie illiquiden Banken gegen Sicherheiten zusätzliches Zentralbankgeld ausleiht.

Argumente des Initiativkomitees	Beurteilung Bundesrat
Mit Vollgeld wäre das Geld auf den Konten endlich so sicher wie Bargeld.	Auch im Vollgeldsystem wären nicht alle Kontoguthaben so sicher wie Bargeld, sondern nur die Sichteinlagen (Zahlungsverkehrskonten wie z.B. Lohnkonten). Diese wären im Vollgeldsystem aus den Bankbilanzen ausgegliedert und vollständig durch Notenbankgeld gedeckt, womit sie auch im Falle eines Konkurses der Bank geschützt wären. Dies gilt hingegen nicht für andere Kontoarten wie Spar- oder Anlagekonten, die auch im Vollgeldsystem weiterhin einem potenziellen Ausfallrisiko unterliegen würden.
Vollgeldkonten ohne Verlustrisiko wären für die Kunden nur von Vorteil.	Die durch Vollgeld erreichte Sicherheit der Sichteinlagen wäre für die Kundinnen und Kunden nicht gratis zu haben. Im heutigen System können die Banken mittels Sichteinlagen Kredite vergeben, was für sie die Führung von Sichteinlagen attraktiv macht. Dies trägt dazu bei, dass der Zahlungsverkehr weitgehend gebührenfrei abgewickelt werden kann. Auf Vollgeldkonten dürfte dies nicht mehr der Fall sein, da die Führung dieser Konten für die Banken mit Kosten verbunden wäre. Die wahrscheinliche Folge wären höhere Gebühren bzw. niedrigere Zinsen für die Kundinnen und Kunden auf ihren Sichteinlagen.
2. Geldschöpfung der Banken	
Heute können die Banken einfach selber Geld schaffen, wenn sie Kredite vergeben. Eine solche „Geldschöpfung aus dem Nichts“ ist dubios.	Das Bankensystem kann heute mit der Kreditvergabe Buchgeld schaffen, aber nicht unbegrenzt. Weil die Kunden Anspruch auf Bargeld haben und Überweisungen zwischen Banken damit abgewickelt werden, müssen sie zunächst über ausreichend Zentralbankgeld verfügen. Die Buchgeldschöpfung durch die Banken auf Basis des Zentralbankgelds ist international gebräuchlicher Standard und kommt der Wirtschaft zugute. Sie ermöglicht es Haushalten und Unternehmen, Investitionen zu finanzieren, ohne auf die unmittelbar verfügbaren Ersparnisse beschränkt zu sein. Auf diese Weise können Investitionsprojekte umgesetzt werden, die sonst nicht möglich wären.
Dass Banken Buchgeld schöpfen, widerspricht dem Geist der Verfassung (BV Art. 99 Abs. 1: „Das Geld- und Währungswesen ist Sache des Bundes“).	Aus der Bundesverfassung lässt sich diese Argumentation nicht ableiten. Die Verfassung definiert nur das alleinige Recht des Bundes (bzw. der SNB) zur Ausgabe von Münzen und Banknoten. Die Buchgeldschöpfung der Banken fällt nicht darunter und wird weder in der Verfassung noch auf Gesetzesstufe spezifisch geregelt, jedoch keineswegs verboten. Die Geldschöpfung durch das Bankensystem stellt eine langjährige, weltweit etablierte und bewährte Praxis dar.
Ohne Begrenzung schöpfen die Banken quasi auf Knopfdruck so viel Geld wie sie nur können.	Die Banken schaffen im heutigen System nicht unbegrenzt Geld. Das Ausmass der Kreditvergabe und der damit verbundenen Geldschöpfung hängt von mehreren Faktoren ab. Zum einen wird die Geld- und Kreditschöpfung der Banken durch regulatorische Vorschriften, insbesondere Eigenmittel- und Liquiditätsanforderungen, beschränkt. Zum andern können die Banken nur Kredite vergeben, wenn eine entsprechende Nachfrage der Kunden (Unternehmen, private Haushalte) besteht. Diese hängt wesentlich von der konjunkturellen Entwicklung, den Zukunftsperspektiven und den geldpolitischen Bedingungen (Zinsen) ab. Zudem vergeben die Banken Kredite nur nach einer fundierten Risikoüberprüfung, weil sie Interesse daran haben, dass ihnen

Argumente des Initiativkomitees	Beurteilung Bundesrat
	diese Kredite zurückgezahlt werden. Banken können und wollen nicht möglichst viele Kredite vergeben, sondern möglichst rentabel.
Das aufgeblähte Geldmengenwachstum der letzten Jahre wurde durch die Banken verursacht.	<p>Die starke Geldmengenausweitung, die seit der Finanzkrise in der Schweiz sowie vielen anderen Ländern stattgefunden hat, wurde durch die expansiven geldpolitischen Massnahmen der Zentralbanken zwecks Bekämpfung der Krise verursacht.</p> <p>In der Schweiz hat sich die durch die SNB geschaffene Notenbankgeldmenge M0 – diese umfasst die umlaufenden Banknoten sowie die Giro Guthaben der Banken bei der SNB – in den letzten zehn Jahren mehr als verzehnfacht (von 50 Mrd. Franken 2008 auf 550 Mrd. Franken 2017). Im Zuge der Devisenkäufe der SNB zur Bekämpfung der Frankenstärke sind insbesondere die Giro Guthaben der Banken bei der SNB stark gewachsen (von unter 10 Mrd. Franken vor der Finanzkrise auf 475 Mrd. Franken 2017). Dieses starke Wachstum der Giro Guthaben hat die SNB aus geldpolitischer Notwendigkeit herbeigeführt und hat nichts mit der von der Vollgeldinitiative kritisierten Geldschöpfung durch die Banken zu tun.</p> <p>NOTENBANKGELDMENGE</p>  <p>Quelle: SNB</p> <p>Die massgeblich von den Banken bestimmte Geldmenge M1 – diese umfasst den Notenumlauf und die Sichtguthaben der Kunden bei den inländischen Banken – hat in den letzten zehn Jahren zwar ebenfalls zugenommen (von 320 Mrd. Franken Ende 2008 auf gut 600 Mrd. Franken 2017), doch verlief diese Zunahme langsamer als jene der durch die SNB geschaffenen Geldmenge.</p>

Argumente des Initiativkomitees	Beurteilung Bundesrat
<p>Die Geldschöpfung der Banken fördert schädliche Kredit- und Finanzblasen. Ohne Geldschöpfung der Banken gäbe es weniger solcher Fehlentwicklungen.</p>	<p>Für die Frage, ob „zu viel“ oder „zu wenig“ oder in die „richtigen“ Projekte investiert wird, ist es nicht entscheidend, wer das Geld schöpft (Zentralbank oder die Banken). In welchem Masse neu geschaffenes Geld in realwirtschaftliche Investitionen fliesst oder eher in Finanzanlagen, hängt nicht davon ab, wer das Geld schafft, sondern vielmehr davon, wieviel Kredite nachgefragt werden und welche Projekte die besten Erträge versprechen. Wenn die Renditeaussichten für realwirtschaftliche Investitionsprojekte gut sind, wird auch die Kreditvergabe durch die Banken vermehrt in solche Projekte fliessen. Sind hingegen die realwirtschaftlichen Aussichten gedämpft, fliesst auch das von den Notenbanken geschöpfte Geld an die Finanzmärkte (wie die vergangenen Jahre international gezeigt haben).</p>
<p>Banken haben ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile, weil sie selbst Geld schöpfen können.</p>	<p>Die Banken können im Rahmen der Kreditvergabe Buchgeld in Form von Sichteinlagen schöpfen. Fragwürdig ist es jedoch, diese weltweit gebräuchliche Praxis des Bankengeschäfts als ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil anzusehen. Die Zinsdifferenz zwischen Kredit- und Einlagezinsen deckt diverse Bankdienstleistungen ab (z.B. Übernahme des Kredit- und Liquiditätsrisikos, Gewährleistung des Zahlungsverkehrs), die den Kunden zugutekommen. Wenn man hingegen den Banken im Vollgeldsystem die Geldschöpfung verunmöglicht, würden darunter nicht nur die Banken leiden, sondern vor allem auch die Kunden wegen der zu erwartenden Verteuerung der Bankdienstleistungen.</p>
<p>Die Kreditvergabe bleibt mit der Annahme der Initiative eine zentrale Aufgabe der Banken und wird nicht bei der SNB zentralisiert. Im Vergleich zu heute ändert sich nicht viel.</p>	<p>Bei Annahme der Initiative stünde neu explizit in der Verfassung, dass die SNB die Kreditversorgung durch die Finanzdienstleister gewährleistet. Dadurch erhielte die SNB zusätzliche Macht und Verantwortung zugewiesen, welche sie gar nicht wünscht.</p>
<p>3. Finanzstabilität</p>	
<p>Die Vollgeldreform würde die Finanzstabilität stärken und Finanzkrisen verhindern.</p>	<p>Die Initiative kann dieses zentrale Versprechen nicht erfüllen. Zwar würde sie die Gefahr eines Bank Runs auf Zahlungsverkehrskonten ausschalten. Damit wäre jedoch nur ein sehr kleiner Teil der Finanzrisiken eingedämmt. Andere, wichtigere Ursachen für schwere Finanzkrisen – wie z.B. zu geringe Eigenmittel der Banken, die Too-big-to-fail Problematik, falsche Einschätzung von Risiken – bleiben dagegen durch ein Vollgeldsystem unberührt.</p> <p>Die Vollgeldreform könnte die Finanzstabilität unter Umständen sogar verschlechtern. Wenn nämlich die Banken Kredite nicht mehr wie im heutigen System durch Sichteinlagen (Zahlungsverkehrskonten) finanzieren dürfen, werden sie womöglich auf andere Finanzierungsquellen (z.B. Schattenbanken) ausweichen, die volatil sind als Sichteinlagen und dadurch die Gefahren für die Finanzstabilität sogar noch erhöhen könnten.</p>

Argumente des Initiativkomitees	Beurteilung Bundesrat
<p>Mit Vollgeld wären künftig keine Bankenrettungen auf Kosten der Steuerzahler mehr nötig.</p>	<p>Durch die Verhinderung von Bank Runs auf Zahlungsverkehrskonten würde ein Vollgeld-System zwar den Zahlungsverkehr sicherstellen und so eine Ursache für eine staatliche Bankenrettung beseitigen. Bankenrettungen können jedoch auch aus anderen Gründen notwendig sein, z.B. wenn eine Bank im Kredit- oder Spareinlagengeschäft eine bedeutende Stellung hat oder stark mit dem inländischen Bankensystem vernetzt ist. Bei den internationalen Banken- und Finanzkrisen der letzten zehn Jahre spielte der Zahlungsverkehr jeweils nur eine untergeordnete Rolle, diese gingen vorwiegend von anderen Bereichen wie etwa den Interbankengeldmärkten aus. Ein Vollgeldsystem kann nicht verhindern, dass Banken systemrelevant sind und im Notfall gerettet werden müssen.</p>
<p>Wenn die Banken kein Geld mehr schöpfen können, sinkt die Gefahr für Blasen und Crashes an den Finanz- und Immobilienmärkten.</p>	<p>Finanzblasen (d.h. nicht nachhaltige Booms an den Finanzmärkten, die später in einen Crash münden) entstehen in erster Linie durch die Unterschätzung von Risiken und übertriebene Preiserwartungen durch Banken, Haushalte und Firmen. Solch übermässiger Optimismus kann sich unabhängig davon einstellen, ob allein die SNB Geld schöpft oder auch die Banken.</p>
<p>Die Vollgeldreform kann die Finanzstabilität besser gewährleisten als die ungenügenden Massnahmen des Bundes.</p>	<p>Wie oben ausgeführt, kann eine Vollgeldreform nur wenig leisten für eine Stärkung der Finanzstabilität. Der Bundesrat ist daher der Ansicht, dass es hierfür wirksamere Massnahmen gibt als einen radikalen Systemwechsel, wie ihn die Initiative vorsieht. Seit der Finanzkrise haben Bundesrat und Parlament entsprechende Massnahmen umgesetzt: Zu erwähnen sind insbesondere die schärferen Liquiditäts- und Eigenkapitalanforderungen für alle Banken und ganz besonders für die systemrelevanten Banken im Rahmen der Too-big-to-fail-Regulierung. Mehr Eigenkapital macht das Bankensystem grundsätzlich sicherer gegen Verluste, weil die Bank bzw. das ganze System dadurch bei Verlusten nicht so schnell insolvent wird.</p>
<p>4. Geldpolitik unter Vollgeld</p>	
<p>Wenn die Banken kein Geld mehr schöpfen dürfen, hat die SNB die alleinige Kontrolle über das Geldmengenwachstum und kann so die Geldmenge optimal für die Volkswirtschaft steuern.</p>	<p>Zwar trifft es zu, dass die SNB im Vollgeldsystem das Wachstum der Geldmenge vollumfänglich bestimmen kann. Daraus folgt jedoch keineswegs, dass eine Steuerung der Geldmenge durch die SNB eine geeignete Geldpolitik darstellt. Das Konzept der Geldmengensteuerung hat sich in der Vergangenheit nicht bewährt und wurde daher im Jahr 2000 von der SNB zugunsten der Zinssteuerung aufgegeben. Die im Vollgeldsystem vorgesehene Geldmengensteuerung wäre kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt.</p>
<p>Ohne die verzerrende</p>	<p>Dass die Initiative der SNB eine stärkere Rolle im Kreditprozess geben will („die SNB soll die Kreditversorgung durch die Finanzdienstleister gewährleisten“), ist problematisch. Dadurch würde nämlich die Kreditsteuerung zunehmend bei der SNB</p>

Argumente des Initiativkomitees	Beurteilung Bundesrat
<p>Geld- und Kreditschöpfung der Banken kann die SNB das Kreditwachstum besser kontrollieren und in die richtigen Bahnen lenken (mehr in die Realwirtschaft, weniger in die Finanzmärkte).</p>	<p>zentralisiert. Eine solche Machtkonzentration ist nicht sinnvoll. Die Banken sind näher bei den Kundinnen und Kunden und am Markt als die SNB und können den Kreditbedarf und die Kreditrisiken besser einschätzen.</p> <p>Eine stärkere Rolle der SNB wäre keineswegs eine Garantie für „bessere“ Kredite, d.h. ob mehr in die Realwirtschaft und weniger in Finanzanlagen investiert würde. Wofür die Kreditnehmer ihre Kredite verwenden, hängt nämlich nicht davon ab, ob diese durch Vollgeld der SNB oder die Geldschöpfung der Banken finanziert werden.</p>
<p>Mit der schuldfreien Verteilung von Geld würde die SNB ein zusätzliches geldpolitisches Instrument erhalten. Dieses könnte sie in Ergänzung zu den bisherigen Instrumenten (z.B. der Zinssteuerung) zur Erreichung ihrer geldpolitischen Ziele einsetzen.</p>	<p>Die schuldfreie Geldverteilung würde die Geldpolitik nicht stärken, sondern schwächen.</p> <p>Vom Wirkungsmechanismus her entspräche die schuldfreie Verteilung von Geld an Bund, Kantone oder Bürger dem sogenannten "Helikoptergeld". Die Geldpolitik wirkt dann eher wie Fiskalpolitik. Helikoptergeld im Sinne einer direkten Geldverteilung wurde in den letzten Jahren auf internationaler Ebene als mögliches Instrument zur Krisenbekämpfung – quasi als letzte Option – diskutiert, wenn die sonstigen geldpolitischen Instrumente erfolglos ausgereizt wären. Demgegenüber dient die schuldfreie Verteilung gemäss der Vollgeldinitiative nicht der Krisenbekämpfung, sondern der normalen Umsetzung der Geldpolitik.</p> <p>Aus Sicht der Geldpolitik hätte die schuldfreie Geldverteilung durch die SNB mehrere gravierende Nachteile:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die SNB würde unter erhöhten politischen Druck geraten, verschiedenste politische Begehrlichkeiten mit der Notenpresse zu finanzieren. Heute ist es der SNB gesetzlich verboten, die Ausgaben der öffentlichen Haushalte zu finanzieren, weil dies in der Regel auf lange Sicht inflationär wirkt. • Durch die „schuldfreie“ Ausgabe von Zentralbankgeld würde das Führen der Geldpolitik erschwert, insbesondere wenn zur Erreichung der Preisstabilität die Geldmenge reduziert werden müsste.
<p>5. Geldschöpfungsgewinn</p>	
<p>Indem die SNB neu geschaffenes Geld schuldfrei an Bund, Kantone oder Bürger verteilt, werden hohe Geldschöpfungsgewinne zugunsten der Allgemeinheit erzielt. Diese sind deutlich höher als die Gewinne der SNB</p>	<p>Im heutigen System erwirtschaftet die SNB im Rahmen ihrer Geldschöpfung einen Geldschöpfungsgewinn (sog. Seigniorage): Wenn sie neues Geld in Umlauf bringt, erwirbt sie im Gegenzug von den Banken Anlagewerte wie Devisen oder Aktien oder gewährt ihnen Kredite. Diese Aktiven werfen Erträge in Form von Zinsen oder Dividenden ab, die in den SNB-Gewinn fliessen und über Gewinnausschüttungen an Bund und Kantone abgeführt werden und somit der Allgemeinheit zugutekommen.</p> <p>Bei der von der Initiative vorgesehenen schuldfreien Geldverteilung würde die SNB hingegen, im Gegensatz zu heute, für das neugeschaffene Geld keine Aktiven mehr als Gegenleistung erhalten, sondern das Geld quasi „verschenken“. Diese Art der schuldfreien Verteilung bedeutet jedoch für die Volkswirtschaft keinen Gewinn.</p>

Argumente des Initiativkomitees	Beurteilung Bundesrat
im heutigen System.	
<p>Im heutigen System eignen sich die Banken im Zuge ihrer Buchgeldschöpfung Geldschöpfungsgewinne an, die eigentlich der Allgemeinheit zustehen. Dieses ungerechtfertigte Privileg der Banken würde mit Vollgeld beendet.</p>	<p>Es trifft zu, dass die Banken durch die Kreditvergabe Buchgeld schaffen können und für die vergebenen Kredite in der Regel einen höheren Zins verlangen als sie für die Sichteinlagen vergüten. Die Höhe dieser Zinsdifferenz zwischen Kredit- und Einlagezinsen wird durch den Wettbewerb begrenzt. Aus ihren Erträgen finanzieren die Banken diverse Dienstleistungen ab (z.B. Übernahme des Kredit- und Liquiditätsrisikos, Gewährleistung des Zahlungsverkehrs), die den Kunden zugutekommen. Wenn man den Banken im Vollgeldsystem die Geldschöpfung durch Kreditvergabe verunmöglicht, würden darunter nicht nur die Banken leiden, sondern vor allem auch die Kunden wegen der zu erwartenden Verteuerung der Bankdienstleistungen.</p>
<p>6. Finanzpolitik</p>	
<p>Vollgeld hat positive Auswirkungen auf die Finanzpolitik. Indem Geld schuldfrei an die öffentlichen Haushalte verteilt wird, können die Staatsschulden reduziert und/oder Steuern gesenkt werden.</p>	<p>Wenn die öffentlichen Haushalte durch die schuldfreie Geldverteilung in den Genuss von zusätzlichen Einnahmen kommen, geht dies voll zu Lasten des Vermögens der SNB. Als Kehrseite der schuldfreien Verteilung verzichtet die SNB auf Aktiven wie Devisen, Gold oder Aktien. Aus der Perspektive des gesamten öffentlichen Sektors (öffentliche Haushalte plus SNB) bedeutet die schuldfreie Geldverteilung somit keinen Gewinn.</p> <p>Ein gravierender Nachteil besteht darin, dass die schuldfreie Geldverteilung einer unerwünschten Vermischung von Geld- und Finanzpolitik Vorschub leisten würde. In der Schweiz und vielen anderen Ländern ist es den Zentralbanken gesetzlich verboten, die Ausgaben der öffentlichen Haushalte direkt zu finanzieren. Dies mit gutem Grund, weil die Erfahrung gelehrt hat, dass ohne strikte Trennung von Finanz- und Geldpolitik die Zentralbank unter politischen Druck gerät, öffentliche Ausgaben mittels Notenpresse zu finanzieren, was auf lange Sicht inflationär wirkt.</p>
<p>7. Volkswirtschaftliche Auswirkungen (Wirtschaftswachstum, Nachhaltigkeit, Arbeitsplätze)</p>	
<p>Die Geldschöpfung der Banken verursacht ein übermässiges, schulden-</p>	<p>In einem Vollgeldsystem gibt es keine Gewähr, dass das Geld vermehrt in „erwünschte“ realwirtschaftliche Investitionsprojekte fliesst anstatt in „unerwünschte“ Finanzinvestitionen. Wofür das Geld verwendet wird, hängt nicht davon ab, wer das Geld schafft (nur die SNB oder auch die Banken), sondern welche Projekte rentabel sind. Auch mit Vollgeld kann es – ebenso wie</p>

Argumente des Initiativkomitees	Beurteilung Bundesrat
<p>basiertes und krisenanfälliges Wirtschaftswachstum. Ein solches System ist nicht nachhaltig. Vollgeld hingegen würde zu einem qualitativ besseren, nachhaltigen Wirtschaftswachstum führen, weil das Geld für realwirtschaftliche Investitionsprojekte anstatt für die Finanzspekulation verwendet würde.</p>	<p>mit Buchgeld der Banken – zu Finanzblasen kommen.</p> <p>Das Versprechen eines im Vergleich zu heute weniger auf Schulden aufbauenden Wirtschaftssystems beruht massgeblich auf der schuldfreien Geldverteilung. Schuldfreie Geldverteilung führt zwar zu weniger Verschuldung bei den Empfängern, weil diese das Geld quasi geschenkt erhalten. Dies geht jedoch zu Lasten des Vermögens der SNB, weil diese für die Geldausgabe keine Gegenleistung mehr in Form von Aktiven erhält. Die Volkswirtschaft als Ganzes würde hierdurch keineswegs reicher.</p> <p>Dass hohe Schulden Probleme schaffen können, ist unbestritten. Schuldenprobleme lassen sich jedoch nicht nachhaltig lösen, indem die Zentralbank das Geld einfach verschenkt. Eine Politik der schuldfreien Geldverteilung hätte gravierende volkswirtschaftliche Nachteile, weil sie politische Begehrlichkeiten nach Transfers wecken, eine unerwünschte Vermischung von Geld- und Finanzpolitik bedeuten und die Führung der Geldpolitik erschweren würde.</p> <p>Zudem gilt es zu erwähnen, dass der grösste Teil der Schulden in der Schweiz Hypothekarschulden sind. Dahinter steht grösstenteils der – auch politisch immer wieder gewünschte und teilweise auch geförderte – Wunsch nach Wohneigentum. Es handelt sich bei diesen Schulden also nicht um Spekulation oder Finanzblasen, sondern sie entspringen dem Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger nach den eigenen vier Wänden.</p>
<p>Vollgeld ist nicht schädlich für die Volkswirtschaft, wie Kritiker behaupten. Es würde im Gegenteil das Wirtschaftswachstum stärken und Arbeitsplätze schaffen, wie eine Studie des Internationalen Währungsfonds (IWF) beweist.</p>	<p>Die von den Initianten zur Untermauerung herangezogene Studie der beiden IWF-Ökonomen Benes/Kumhof (“The Chicago Plan Revisited“, 2012) gibt nicht die offizielle Position des IWF wieder, sondern die Meinung der beiden Autoren. Die Studie kommt auf Basis eines dynamischen Gleichgewichtsmodells für die USA zum Ergebnis, dass ein Wechsel zu einem System, in dem nur noch die Zentralbank Geld schöpfen kann, nicht mehr hingegen die Geschäftsbanken, positive volkswirtschaftliche Auswirkungen haben würde (u.a. tiefere öffentliche und private Schulden, ein höheres Wirtschaftswachstum und eine höhere Beschäftigung). Die positiven Resultate dieser Studie beruhen indes auf teilweise kritikwürdigen Annahmen, die im realen Wirtschaftsgeschehen kaum umsetzbar sind. So kommt beispielsweise die Reduktion der Verschuldung dadurch zustande, dass die Notenbank mit neu geschöpftem Geld Schulden des öffentlichen und des privaten Sektors tilgt. Mit anderen Worten, der Abbau der Schulden wird durch die Notenpresse finanziert. Eine solche Politik würde in der Praxis jedoch politische Begehrlichkeiten wecken und auf Dauer die Unabhängigkeit der Geldpolitik gefährden, weshalb sie in vielen Ländern gar nicht zulässig ist. Davon abgesehen lässt sich eine modellmässige Studie für ein Land wie die USA nicht auf die Schweiz übertragen. Aus all diesen Gründen ist es zweifelhaft, aus dieser Studie positive Effekte einer Vollgeldreform auf die Schweizer Volkswirtschaft abzuleiten.</p> <p>Für die Schweiz gibt es keine wissenschaftliche Studie, die positive volkswirtschaftliche Auswirkungen eines Vollgeldsystems findet. Eine 2017 von Prof. Philippe Bacchetta von der Universität Lausanne erstellte Studie („The Sovereign Money Initiative in Switzerland: An Economic Assessment“, 2017) kommt vielmehr zu einer klar negativen Einschätzung: Vollgeld trage nicht zur Verbesserung der Finanzstabilität bei, habe negative Auswirkungen für die Banken sowie insbesondere für die Bankkunden und schwäche die Geldpolitik.</p>